

# Der freie Schwarzwälder

Mildbader Anzeiger und Tageblatt  
mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenburg

Amtsblatt für Wildbad  
mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 90 Bfg. Durch die Post im Nachbarortverkehr 2.35 M. in Württemberg 2.50 M. vierteljährlich bzw. halbjährlich 30 Bfg. Druck und Verlag der Hofmann'schen Buchdruckerei (Inhaber: E. Reinhardt). Für die Redaktionen verantwortlich: derselbe. Anzeigen 12 Bfg. von auswärts 15 Bfg. die Zeitspalt oder deren Raum. Retoune 25 Bfg. die Zeitspalt. Bei Anzeigen, wo Anstufung in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Bfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Bfg.



Nr 142.

Freitag, den 20. Juni 1919

36. Jahrgang

### Rücktritt des Gesamtkabinetts!

Weimar, 20. Juni. Ministerpräsident Scheidemann hat heute Nacht 1/2 2 Uhr die Demission des Gesamtkabinetts dem Reichspräsidenten Ebert überreicht, der sie angenommen hat. Die Neubildung des Kabinetts ist im Gange. Ueber die Vorgänge, die zu dem Rücktritt führten, wird bekannt, daß die Mehrheitsparteien, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten zu einem Kompromiß bereit gewesen wären, wonach der Friedensvertrag angenommen werden sollte, mit Ausnahme der Punkte, welche die Schuld am Kriege und die Ehre der Nation (Auslieferung des Kaisers und der Vorkämpfer) betrafen.

Weimar, 20. Juni. Die Zentrumsfraktion hat sich mit großer Mehrheit für die Annahme der Friedensbedingungen ausgesprochen, unter der Voraussetzung, daß die Entente die Schuldfrage und die Auslieferungsbedingungen fallen läßt und in die Rückgabe der Kolonien willigt.

Weimar, 20. Juni. Die Fraktion der Mehrheitssozialisten hat sich mit 75 gegen 39 Stimmen für die Annahme des Vertrags entschieden.

Weimar, 19. Juni. Der Friedensausschuß der Nationalversammlung ist für Freitag nachmittags 4 Uhr zusammenberufen worden.

Weimar, 19. Juni. Die Deutsche Nationale Fraktion der Nationalversammlung hat einstimmig beschlossen, den Friedensvertrag abzulehnen.

Weimar. Die Büttel, Regierung und die heftige Regierung haben sich für Unterzeichnung des Friedensvertrags ausgesprochen, während die Bad. Regierung dagegen war.

Weimar, 19. Juni. Die Fraktion der Deutsch-Demokratischen Partei nahm heute abend eine Probeabstimmung vor. Von 65 anwesenden Mitgliedern stimmten 8 bedingt, einer unbedingt für die Unterzeichnung des Vertrags, die anderen dagegen.

### Die Antwort der Entente.

#### Die neue Fassung.

Ueber die Grundlinien der gegnerischen Antwort teilt WZB folgendes mit: Der Text umfaßt 66 Seiten in französischer und englischer Sprache und ist in 14 Abschnitte eingeteilt, die die Antwort auf die verschiedenen deutschen Gegenentwürfe enthalten.

Am ersten Abschnitt „Völkerbundsatzung“ ist nichts geändert. Deutschland soll vor seiner Aufnahme in den Völkerbund erst eine Probezeit durchmachen und wenn es seine Vertragstreue bewährt und so Beweise für sein Wohlverhalten gegeben hat, soll nichts mehr im Wege stehen, daß es in nicht allzuferner Zeit in den Völkerbund aufgenommen wird.

In Bezug auf die Gebietsfragen wird nichts verändert. In den Bestimmungen für Belgien, Luxemburg, das Saargebiet, Elsaß-Lothringen und Deutsch-Oesterreich, bezüglich Westpreußens, Danzigs und Ostpreußens wird nichts geändert; nur die Sicherheiten für den Eisenbahndurchgangsverkehr durch Westpreußen nach Ostpreußen sind verstärkt und genauer gefaßt. Eine Grenzfortschritt zugunsten Deutschlands ist insofern zugestanden, als nicht mehr gewisse Teile Pommerns in das polnische Gebiet fallen sollen. Für Obereschlesien soll eine Volksabstimmung in einer später festzusetzenden Zeit erfolgen. Bis dahin wird das Land von verbündeten Truppen besetzt werden. Falls die Abstimmung zu ungunsten Deutschlands ausfällt, sollen gewisse Sicherheiten für den Bezug der obereschlesischen Kohle geschaffen werden. In Schleswig wird auf Antrag von Dänemark die dritte südliche Abstimmungszone fallen gelassen. In der Kolonialfrage wird jedes Entgegenkommen bestimmt abgelehnt.

In bezug auf den Außenhandel und die Schifffahrt sind keinerlei Zugeständnisse gemacht. Das Gleiche gilt für die Grundzüge der Schandenerpflicht. Nur wird in der Denkschrift zugesagt, daß Deutschland innerhalb vier Monate nach Friedensschluß das Recht haben soll, seine Vorschläge zu machen; aber die verbündeten Mächte können diese annehmen, ablehnen oder abändern. Eine deutsche Kommission neben der Wiederherstellungskommission wird zugelassen behufs Verhandlungen mit der gegnerischen Kommission; aber bindende Entschlüsse hat allein die Verhandlungskommission zu fassen.

Die gegnerische Kommission kann unseren Haushaltsplan prüfen und Reichsausgaben freizugehen. Eine unmittelbare Einmischung in die Verhältnisse der einzelnen Fabriken soll nicht statt finden. Unser ganzes Heeresgerät und Flottenmaterial und unsere ganze Handelsflotte wird nicht angerechnet. In den allgemeinen handelspolitischen Bestimmungen wird gleichfalls nichts geändert. Deutschland wird auch für den Fall seiner Aufnahme in den Völkerbund die allgemeine Gleichberechtigung nicht zugestanden. Neu ist ein besonderer Vertragsentwurf über die Beilegung der rheinischen Gebiete. Die Frist der Beilegung wird nicht geändert. Im übrigen liegt die Zivilverwaltung bei den deutschen Behörden. Es bleiben auch die deutschen Gerichte.

Die Liquidation des deutschen Privateigentums im feindlichen Ausland soll nur soweit Platz greifen, als sich dieses Eigentum bei Friedensschluß bereits in feindlichem Ausland befindet. Auch ist das Liquidationsverfahren in den an Polen und Dänemark abzutretenden Gebieten zugunsten der deutschen Berechtigten geändert. Auch in der Behandlung des gewerblichen Schutzes sind Zugeständnisse ähnlicher Art gemacht worden.

In den Verkehrsfragen beschränken sich die Zugeständnisse darauf, daß Deutschland in der Oberkommission statt eines Vertreters deren drei erhalten soll. Bei dem Bau des Rhein-Donau-Schiffahrtswegs soll uns jenseit nicht mehr einseitig vorgezeichnet werden, was wir bauen sollen. Auch ist die früher vorgesehene Möglichkeit, den Kieler Kanal einer internationalen Kommission zu unterstellen, fallen gelassen worden. Ähnlich ist die Verpflichtung Deutschlands zum Bau neuer Eisenbahnen eingeschränkt worden.

Die sofortige Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen war schon zugestanden; aber unser Verlangen, auch die wegen gewisser Straftaten in Haft befindlichen Gefangenen freizulassen, wird abgelehnt.

In den militärischen Fragen wird das Zugeständnis gemacht, daß wir zunächst drei Monate lang 20000 Mann behalten dürfen. Dann solle eine verbänderliche Kommission prüfen, was wir für die nächsten drei Monate nötig haben, und das soll bis zum Ende

### Landrichter Lange.

Roman von Maria Lenzen, geb. dt. Seebregandt.  
„Erlauben Sie mir, mich Ihnen vorzustellen. Herr Freyherr“, nahm Franz das Wort. „Ich bin der Referendar Lange, der Sohn des Landrichters Lange aus Dietersbrunn.“  
„O, seien Sie still, seien Sie still“, wehrte der Baron, halb verdrießlich, halb bäuglich. „Gerichtsherren, lauter Gerichtsherren. Wir wollen nichts mit Ihnen zu tun haben, sagt Papa und Mama selig. Was brauchen Sie da zu lachen? Sie hat es doch wohl gesagt.“  
„Ich bezweifle das nicht, Herr Baron; und es ist ja zu loben, daß Sie Ihrer verstorbenen Mutter ein so lebhaftes Andenken bewahren. Aber erlauben Sie mir, zu versichern, daß ich nicht hier in meiner Eigenschaft als Jurist, sondern daß ich in Kraienfang mich nur mit der Absicht vorstellen werde.“  
„Ah, Sie wollen nach Kraienfang? Wann wollen Sie denn dahin? Heute noch? Es wird ja bald Abend, denken Sie denn, wir hätten Stuben und Betten übrig für einen wildfremden Menschen?“  
„Nein, Herr von Bonndorf, und es ist auch nicht meine Absicht, die Gastfreundschaft Ihres Hauses in Anspruch zu nehmen“, versetzte Franz in so stolzem und strengem Tone, daß Mamas Sohn ihn erschrocken anstarrte. „Hätte ich nicht einem Freunde das Versprechen gegeben, dem Herrn zu Kraienfang eine erquickliche Mitteilung zu überbringen, ich würde nach der unbedingten Höflichkeit, mit der Sie mich zu behandeln wagen, Ihres Vaters Haus gewiß nicht betreten. Wie die Sache aber liegt, muß ich mein gegebenes Wort halten. Sie dürfen aber versichert sein, daß ich mich meines Auftrages mit möglichster Schnelligkeit entledigen werde.“  
Er grüßte kurz und verließ die Gaststube. Baron Bonndorf sah ihm einen Augenblick erschrocken nach, dann aber sagte er mit einer Art Freude an seiner Macht zu trinken: „Den habe ich einmal böse gemacht! Haben Sie, gesehen, wie puterrot er wurde, Herr Hofmeister?“

Dieser fragte, halt zu antworten: „Haben Sie vielleicht einen Auftrag von Er Gnaden, Herr Baron?“  
„Ja, ja. Sie können gut raten. Papa läßt fragen, ob Sie noch einige Fuhren Dörfler brauchen könnten. Die gnädigen Schwestern wollen neue Kleider haben und lassen uns keine Ruhe, bis sie ihren Willen bekommen.“  
„Das Geschäft zwischen dem Freiherrn und dem Gastwirt kam nach einigem Hin- und Herreden zum Abschluß. Dann rief ersterer: „Wissen Sie was? Ich kann raten, was der fremde Mensch in Kraienfang will.“  
„Ich nicht im entferntesten!“  
„O, aber ich, aber ich! Er will den Hof machen bei einem der gnädigen Fräulein.“  
Diese Behauptung kam dem Wirt so kühn vor, daß er seinen Gesellschaftern völlig verblüfft anstarrte. Die sehr sehr triumphierend fort: „O, wundern Sie sich nur, daß ich so klug bin, es ist ganz gewiß richtig. Er ist stolz, das sieht man schon, und will gerne eine vornehme Frau haben, und da hat ihm einer gesagt, daß die Fräulein Minette und Florentine kein großes Kadelgeld bekommen, und nun bildet er sich ein, eine meiner gnädigen Schwestern nähme ihn. Die Narrheit geht doch zu weit. Aber sie sollen ihn abblitzen lassen.“  
Der Wirt hatte sich, wie viele seinesgleichen, eine gewisse Menschenkenntnis erworben und vermöge derselben die Ueberzeugung gewonnen, daß der Referendar Lange nicht bloß geschickter, wohlhabender und hübsch, sondern vermutlich auch sehr wohlhabend sei. Der Gedanke, daß ein junger Mann, der sich seiner Vorzüge wahrscheinlich wohl bewußt war, danach streben sollte, eines der Kraienfanger Fräulein zu heiraten, kam ihm so drollig vor, daß er herzlich lachte.  
„Ja, ja, es wird lustig sein, wenn er mit langer Nase abzieht“, rief Baron Bonndorf. „Ich erzähle Ihnen nachher alles haarklein, wenn ich mit den gnädigen Schwestern in die Stadt komme, um die Kleider zu kaufen.“

Frühzeitig am folgenden Morgen schlug Franz den Weg nach Kraienfang ein, den er sich von dem Wirt genau habe begünstigt lassen. ...

dem zwar geräumigen, aber ganz gewöhnlichen Bauernhause in Kraienfang näherte, verglich er unwillkürlich im Geiste das stattliche Stellinghof, umgeben von Lustgärten und parkähnlichen Anlagen, mit dem armseligen, verwahrlosten Kraienfang. Der junge Bonndorf kam in den Hof hinaus und begrüßte den Fremden mit etwas größerer Höflichkeit, als er ihm gestern erzeigt hatte.  
„Morgen, morgen! Sind also gekommen, richtig nach Kraienfang gekommen. Bin neugierig, was Sie hier anfangen wollen.“  
Während dieser Anrede hatte der junge Baron sich möglichst dreht in der Haustür aufgeschaukelt. Franz versetzte ernstem Blickes: „Sie empfangen mich in so unhöflicher Weise, daß ich es fast bereue, aus Gefälligkeit für den Freiherrn Clemens von Bonndorf einen Auftrag an seinen Vetter, den Baron Erhard, übernommen zu haben. Ich erlaube Sie also, mich Ihrem Herrn Vater zu melden, da kein Diener in der Nähe zu sein scheint.“  
Levin war, gleich vielen vernachlässigten Menschen, durch ein ernstes Wort leicht einzuschüchtern. Auch jetzt wurde er ängstlich und würde gern das Geheiß des Fremden erfüllt haben, wenn nicht ein spöttisches Lachen in seinem Rücken seinen Verdruß erregt hätte. „Schwestern Florentine!“ rief er zornig; weiter aber kam er nicht. Ein aus der Tiefe des Hauses hervorschallender Befehl, daß er augenblicklich kommen solle, um zu berichten, was es gebe, ließ ihn mit Stilleschnelle durch die Tür verschwinden.  
Kopfschüttelnd blühte Franz auf das ungemessene Haus und in dem schmutzigen, unordentlichen Hofe umher. Er sah nichts Einladendes. Als er sich umwandte, stand Levin hinter ihm, mit womöglich noch mürrischerer und verlegenerer Miene als vorher. „Gnaden Papa sagte, Sie sollten nur hereinkommen; er will Sie sprechen“, brummte er.  
Franz folgte seinem unfreudlichen Führer in das so schwer zugängliche Haus. Vom Hofe aus betrat man sogleich die Küche, die auch als Wohnraum zu dienen schien. Wenigstens sah ein hochgewachsener alter Herr in leiblich ordentlicher ländlicher Tracht in einem großen Winstensessel neben dem mächtigen Kaminfeuer, das





punkt vom 31. März 1920 fortgesetzt werden. An diesem Termin muß die Mindestgrenze von 100.000 Mann spätestens erreicht sein. Festgehalten wird daran, daß wir uns die innere Organisation und Bewaffnung unseres Heeres vorschreiben lassen müssen. Es soll damit der Anfang der allgemeinen Abrüstung gemacht werden; aber irgendeine Bindung dafür, auch eine Frist für die Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht in den übrigen Ländern, ist nicht zugestanden worden.

In bezug auf die **Abrüstung des früheren deutschen Kaisers** und die Auslieferung der deutschen politischen und militärischen Führer wird lediglich das Zugeständnis gemacht, daß und die Liste der Personen, die der gegnerischen Gerichtsbarkeit ausgeliefert werden sollen, innerhalb eines Monats mitgeteilt werden wird.

Ueber das **Arbeiterrecht** wird gesagt, daß kein Anlaß vorliegt, diese Frage nochmals aufzunehmen.

### Die Besetzung des Rheinlands.

**Berlin, 19. Juni.** Die hauptsächlichsten Bestimmungen betreffend die militärische Besetzung der Rheinlande enthalten u. a. folgendes: Kein deutscher Truppenkörper darf das besetzte Gebiet betreten. Die Zahl der Polizeikräfte wird von den Mächten bestimmt. Es wird ein Ausschuss eingesetzt, eine Zivilbehörde, die als oberste Vertretung Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Amerikas gilt. Dieser Ausschuss hat die Befugnis, für die Gewährleistung des Unterhalts, der Sicherheit und der Bedürfnisse der Streitkräfte der Mächte Verfügungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Wer sich eines Verbrechens oder Vergehens gegen die Person oder das Eigentum von Angehörigen der Mächte schuldig macht, wird vor ein feindliches Kriegsgericht gezogen. Die Truppen haben das Recht der Verfolgung von Lebensmitteln usw., Eisenbahn, Telegraphie und Post haben den Befehlen der Höchstkommmandierenden zu militärischen Zwecken Folge zu leisten. Der hohe Ausschuss ist befugt, den Belagerungsstand zu verhängen.

### Neues vom Tage.

#### Die Beratung der Antwort.

**Berlin, 19. Juni.** Das Kabinett ist in Weimar am 4 Uhr zusammengetreten und hat bis in die Nacht hinein getagt. Heute findet eine gemeinsame Sitzung des Kabinetts mit der Friedensabordnung statt.

Zu den Beratungen über die Friedensfrage ist General Groner in Weimar eingetroffen.

**Berlin, 19. Juni.** Wie verlautet, stimmt die Denkschrift mit dem abgeänderten Text des Vertrags nicht ganz überein. Es fehlen unter den Verbesserungen gewisse Bestimmungen, die in der Denkschrift angegeben sind oder auf diese hinweisen. Es wird also notwendig sein, hierüber nach Versailles Rücksprache zu richten. Ferner wird es aus diesem Grunde erforderlich sein, in

auf einem weiten, offenen Herde brannte; ihm gegenüber standen zwei junge Mädchen in bescheidenen Kleidern von städtischem Zuschnitt, und in diesen Personen vermutete der Gesandte des Freiherrn Clemens von Boudorf dessen Better Erhard und seine Tochter zu sehen.

Er irrte sich nicht. Als seine Schritte auf den Steinplatten des Bodens hörbar wurden, wandte sich der Alte am Küchenfenster, ohne aufzusehen, nach ihm um und fragte: „Bekannst du mich?“ Sie kommen nach Kralenfang im Auftrage meines Betters von Kellingdorf?“

„Habe ich die Ehre, den Herrn Baron Erhard von Boudorf zu sprechen?“ lautete Franzens Gegenfrage.

„Ja, natürlich. Wer sollte ich denn sonst sein?“

„So erlauben Sie mir, mich Ihnen als der Sohn eines mit dem Freiherrn Clemens befreundeten Mannes, des Landrichters Lange, vorzustellen. Auf den Wunsch des Freiherrn Clemens und meines Vaters unternahm ich die Reise von Kleinbrunn.“

„So? — Da wohnen Sie also?“

„Ich arbeite dort in der Eigenschaft eines Referendars am Land- und Stadtgerichte. Mein Vater erteilte mir den erforderlichen Urlaub, dessen ich bedürfte, um Ihnen, Herr Baron, die Mitteilungen zu überbringen, die Ihr freiherrlicher Better mit für Euer Gnaden aufgetragen hat.“

„So? — Dann setzen Sie sich.“ Der Redende deutete auf einen hölzernen Stuhl, der zwischen ihm und seinen Töchtern in der Nähe des Feuers stand. „Und nun drücken Sie los.“

Eine alte Magd war in der Küche mit einer auslichen Arbeit beschäftigt. Mit einem Blick auf e deutend, fragte Franz: „Sollte ich Euer Gnaden nicht allein sprechen können?“

„Sie ist taub.“ bemerkte der Freiherr. „Aber wirklich, wenn ich richtig vermute, was Sie herüber, ist es passend, daß wir uns zuerst unter vier Augen sprechen. Kommen Sie denn mit in die Saal.“

Rechts vom Eingange in die Küche lagerte ein schmale hölzerne Stiege mit einem Lattengeländer sechs Stufen aufwärts zu einer tief in der Wand Nische befindlichen Türe. In dieser stieg der Freiherr empor und winkte seinem Gaste, ihm zu folgen.

Jetzt erhoben die beiden Freisräulein gleichzeitig ihre Stimmen und riefen: „Ich gehe auch mit Papa, ich gehe auch mit!“

„Du bleibst hier, Minette, und du desgleichen Florentine, und den Levin behaltst ihr bei euch.“ befahl der Baron in strengem Tone. Seine Tochter, obgleich sie klagend gegen seinen Ausspruch protestierten, fügten sich.

Franz folgte dem Voranschreitenden und sah sich bald in einem hohen, weiten Raume, den er als eines der Turmgemächer erkannte.

Es war, als würde der Aufenthalt in dem Turngemach befänstend auf den Baron Erhard. Seine frühesten Bewegungen wurden ruhiger. Er schob langsam zwei Sessel an den Tisch und bat den Gast höflich, Platz zu nehmen. Als dann beide einander gegenüber saßen, sprach er in artigem Tone: „Ich glaube zu erraten, was Sie zu uns geführt hat.“

Versailles die Frage zu stellen, ob die Denkschrift ein wesentlicher Bestandteil des gesamten Friedensdokuments d. h., in ihrem gesamten Inhalt bindendes Recht sei soll für den Fall, daß eine Annahme erfolgen würde.

**Berlin, 19. Juni.** Der „Berl. Lokalanzeiger“ meldet aus Weimar, daß die Mehrheit im Reichsministerium gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrags sei; auch die ganze Friedensabordnung, die sehr verstimmt aus Versailles zurückkehrte, sei dagegen. Der Ministerium wolle den Beschlüssen der Nationalversammlung, die voraussichtlich am Samstag zusammentrete, abwarten. Doch sei in den Reihen der Mehrheitsparteien ein merkwürdiger Umsturz eingetreten. Scheidemann habe sich festgelegt, Kappeler, Landsberg, David, Wiesberts, Fernburg und Gothein werden nicht unterzeichnen. Nur die wahrscheinliche Neubildung des Ministerpräsidenten werden Erberger, Koste und Hermann Müller genannt. Die größten Schwierigkeiten bereiten die Fragen im Osten. — Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung wird sich heute schlüssig machen.

**Weimar, 19. Juni.** Die Fraktion der deutschen Volkspartei (Nationalist.) hat beschlossen, den Friedensvertrag abzulehnen.

Die Fraktion der Deutsch-nationalen Volkspartei wird mit wenigen Ausnahmen genannt werden die württembergischen Abgeordneten Kraut-Tuttgen und Vogt-Gochsen) gegen den Vertrag stimmen.

#### Von der Nationalversammlung.

**Weimar, 19. Juni.** Der Verfassungsausschuss der Nationalversammlung beredete gestern die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs und schloß damit seine Arbeiten ab.

**Berlin, 19. Juni.** Der Nationalversammlung ging ein Gesetzentwurf über die Landtrankentassen, Kassenangelegenheiten und Erbschaften zu.

#### Aus dem Parteileben.

**Berlin, 19. Juni.** Der sozialdemokratische Parteivorstand sendet dem „Vorwärts“ eine Erklärung, der zufolge die Versuche, das feste Gefüge der Parteiorganisation zu zerschlagen, neuerdings unter dem heuchlerischen Vorwand betrieben werden, die „Einheitsfront des Proletariats“ herzustellen. Diefem Treiben müßten die Parteigenossen den heftigsten Widerspruch entgegenzusetzen.

**Berlin, 19. Juni.** Die deutsche Waffensstillstandskommission in Spaa bemüht sich in einer Note vom 15. Juni erneut nachdrücklich um die Freilassung der noch in Sibirien schmachtenden Kriegsgefangenen Deutschen. Die Note stellt fest, daß von rund 100.000 Gefangenen 40.000 an Seuchen gestorben sind. Viele Tausende sind an Körper und Seele gebrochen, als Flüchtlinge in ihr Vaterland zurückgekehrt; viele Tausende sind verschollen. 27.000 leben noch in Rußland unter jurchbarsten Verhältnissen. Von ihnen sind 8000 Krüppel; 90 Prozent sind so krank, daß sie noch einen Winter in Sibirien nicht überleben werden. General von Hammerstein hat die feindlichen Regierungen gebeten, alle Maßnahmen der deutschen Regierung zur Vermittlung dieser Unglücklichen noch vor Ausbruch des Winters zu unterstützen.

#### Südrussische Republiken?

**Weimar, 19. Juni.** Nach Meldungen aus Bromberg (Posen) hat im dortigen Volksrat der Geheimrat Kleinow im Auftrag des Sechzehnerausschusses der Abgeordneten des Ostens angekündigt, daß zwei selbständige deutsche Republiken im Osten in der Bildung begriffen seien und daß er mit drei Beamten dem Direktorium angehöre. Dazu wird amtlich mitgeteilt, daß Kleinow nicht befugt sei. Die Volksräte seien eine rein private Einrichtung und Kleinow selbst gehöre weder dem Sechzehner-Ausschuss der Abgeordneten des Ostens überhaupt einer Volksvertretung an. Die Reichsregierung werde im Einvernehmen mit der preussischen Regierung und den Abgeordneten des Ostens die Maßnahmen, die im Osten des Reichs notwendig werden, gemäß ihren bekannten Zusagen treffen.

#### Neue Putzsch?

**Berlin, 19. Juni.** Aus Braunschweig wird dem „Berl. Lokalanzeiger“ mitgeteilt, daß in die Stadt jetzt viele von den nach dem Einzug der Regierungstruppen geschiedenen Revolutionären, deren Verhaftung durch General Marder angeordnet worden war, zurückkehren. Es befindet sich darunter der frühere spartakistische Polizeipräsident Eichhorn. Durch spartakistische Elemente werden in Braunschweig und in Wolfenbüttel jede Nacht und auch am Tage Putzversuche unternommen. In Braunschweig befinden sich noch große Mengen Munition und Waffen — man spricht von 20.000 Schusswaffen — in den Händen der revolutionären Arbeiterschaft. Auch eine revolutionäre Volksmarinedivision ist wieder in Bildung begriffen.

**Erfurt, 19. Juni.** Als durch die Landesjäger des Generals Marder die von den Eisenbahnarbeitern abgeleiteten Beamten wieder in ihr Amt eingesetzt wurden, rottete sich auf dem Platz vor dem Direktionsgebäude eine Menge zusammen, die trotz der beruhigenden Worte des Generals eine drohende Haltung annahm und die Soldaten tätlich bedrohte. Daran wurde der Befehl gegeben, den Platz zu räumen. Die Soldaten gaben Schreidialben ab. Bei dem Tumult wurde eine Person leicht verletzt.

#### Ausland.

**Barmen, 18. Juni.** Die sächsischen Arbeiter sind in den Streik getreten. Zur Aufrechterhaltung der Wasser- und Lichtversorgung haben sich Beamte und Bürger bereit erklärt.

**Hannover, 19. Juni.** Sämtliche Senatoren der Stadt Hannover haben ihre Ämter niedergelegt.

#### Der Krieg im Osten.

**Berlin, 19. Juni.** Infolge eines Zusammenstoßes zwischen Gütern und Letzen erteilte der englische General Gaugh dem General von der Goltz den Befehl, sofort die baltische Landeswehr zurückzuführen. Goltz antwortete, er habe von einem englischen General keine Befehle entgegenzunehmen. Wie verlautet, soll der Zwischenfall diplomatisch erledigt werden.

#### Polnische „Gegenmittel“.

**Posen, 19. Juni.** Der Posener Oberste Rat hat die deutsche Regierung wissen lassen, daß als Antwort auf die Einstellung von sechs polnischen Zeitungen in Oberschlesien und Westpreußen und die Verhaftung und Verfolgung polnischer Journalisten und Mitarbeiter dieser Blätter mit gleichen Schritten gegen deutsche Zeitungen und deutsche Journalisten in Polen vorgegangen werde, falls die deutsche Regierung ihren Standpunkt nicht in kürzester Zeit ändern sollte.

**Breslau, 19. Juni.** Die „Neue Oberschles. Ztg.“ veröffentlicht Beweise über die Umtriebe der Franzosen in Oberschlesien, deren Leiter der Schriftsteller Moriz Barres (ein Volheinger) ist. Dabei werde englisches Geld verwendet, um die Volksabstimmung zu Ungunsten Deutschlands zu beeinflussen.

#### Vorbereitungen.

**Mannheim, 19. Juni.** Für die Beförderung der schwarzen Truppen wurden in Ludwigsbafen alle Vorbereitungen getroffen: Sie werden durch weiße Franzosen abgelöst. Alle Motor- und Fahreräder der Zivilbevölkerung wurden von den französischen Behörden requiriert. Tagesausweise für die Bevölkerung werden nicht mehr ausgegeben. — Seit einigen Tagen gehen Lastautos und andere Fahrzeuge in großer Zahl über die Rheinbrücke bei Aehl.

#### Arbeitgeberverband für das Zeitungsgewerbe.

**Berlin, 19. Juni.** Eine Versammlung von Zeitungsverlegern, in der 1352 Zeitungen vertreten waren, tagte am Sonntag in Hannover und beschloß einstimmig die Gründung eines Arbeitgeberverbands für das deutsche Zeitungsgewerbe. Zum Vorsitzenden wurde Dr. Simon-Frankfurt a. M. (Frankfurter Zeitung) gewählt.

#### Die Mörder Neuring.

**Dresden, 19. Juni.** Die Mörder des sächsischen Kriegsministers Neuring sind ermittelt. Den Schuß gab der Matrose Gottleuber ab. Der Matrose Pietzsch hat mehrmals mit dem Gewehrkolben auf die Hände des Ministers geschlagen, als sich dieser an dem Geländer der Augustusbrücke festhalten suchte, während eine Frauensperion dem Minister mit einer Hutnadel ins Gesicht stach.

#### Freispruch.

**Nürnberg, 19. Juni.** Das Standgericht hat die Führer der Unabhängigen von der Anklage des Hochverrats freigesprochen, einige andere wurden zu geringen Geldstrafen verurteilt.

**Ungarischer Handreich in Oesterreich.**

**Wien, 19. Juni.** (Korr. Bur.) Nach einer Meldung aus Wiener Neustadt wurde die dortige Staatspolizei verständigt, daß die Kommunisten in Ungarn für morgen einen Aufbruch in Deutsch-Oesterreich beabsichtigen. Ungarische Rotgardisten sollen über die Grenze embrechen und gegen Wiener Neustadt vordringen. Die Staatspolizei traf sofort Gegenmaßnahmen.

**Prag, 19. Juni.** Neue ungarische Angriffe bei Venedy wurden abgewiesen. Weiter nördlich mußten die tschechoslowakischen Truppen zurückgehen. Sie halten Jigva. General Denneque rückte bis gegen Zias und Jato vor. Der tschechische Wehrausschuss beschloß, die Studenten einzubehalten.

**Von der Friedenskonferenz.**

**Amsterdam, 19. Juni.** „Allgemein Handelsblad“ meldet aus Paris, es bestehe kein Zweifel darüber, daß die verbündeten Mächte, jomie der Friedensvertrag unterzeichnet sei, von den Niederlanden die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers verlangen werden.

**Paris, 18. Juni.** (Reuter.) Der oberste Wirtschaftsrat beschloß, daß jeder Verbandsstaat selbst entscheiden soll, ob er gestatten will, daß private Handelsbeziehungen mit Deutschland im Rahmen der Blockade angeknüpft werden.

**St. Germain, 19. Juni.** (Korr. Bur.) Der oberste Wirtschaftsrat hat auf den Brief des Staatskanzlers Dr. Renner über die Sicherheiten für die Lebensmittellieferungen erwidert, daß zunächst die in deutsch-österreichischem Besitz befindlichen ausländischen Werte, die in Deutsch-Oesterreich oder in neutralen Staaten liegen, sowie die Einnahmen aus der Holzaußfuhr in kürzester Frist als Sicherheit zur Verfügung zu stellen sind.

**Newyork, 19. Juni.** „Newyork Tribune“ meldet, es seien Anzeichen dafür vorhanden, daß der amerikanische Senat den Friedensvertrag, inbegriffen den Völkerbund und genehmigen werde, wenn in Paris noch einige Verbesserungen eingefügt würden. Wenn dies nicht geschehen sollte, werde der Senat den Friedensvertrag genehmigen, bezüglich des Völkerbundsvertrags jedoch einen Vorbehalt einfügen, der alle Zweifel betreffend die Fragen, wozu die Vereinigten Staaten sich verpflichteten, beheben werde.

#### Die Schredmittel.

**London, 19. Juni.** Reuter erfährt, das Riesenschiff „E. S. 34“ habe, voll ausgerüstet mit Bomben und Maschinengewehren, den North-of-Forth verlassen, um einen Angriff über die deutsche Küste zu machen. Die britische Flotte habe für den Fall, daß Deutschland sich weigere, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ihre Befehle erhalten.

**Wieder ein Vertrauensvotum.**

**Paris, 19. Juni.** In stürmischer Sitzung wurde gestern in der Kammer über die französische Politik im Orient und in Rußland verhandelt. Von der Regierung wurde zugegeben, daß besonders in Etappen des französischen Heeres im Osten schlecht gemittelt werde und eine Untersuchung nötig sei. Minister des Außern Bichon sagte, in Rußland habe Frankreich Deutschland zu bekämpfen, denn die Bolschewisten werden von Deutschland bewaffnet und gegen die Entente aufgereizt. (1) Schließlich wurde mit 249 gegen 137 Stimmen bei 50 Enthaltungen der Regierung das Vertrauen ausgesprochen.

Die Kammer verwarf ferner mit 365 gegen 140



Stimmen eine Tagesordnung Chagins, die die Zurückziehung der Truppen von der Landesgrenze verlangt und nahm mit 341 gegen 147 Stimmen eine Vertrauens-tagesordnung an.

### 1800 Millionen Mehrkosten.

Paris, 19. Juni. Minister Loucheur erklärte in der Kammer, die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in den Bergwerken bedeute für Frankreich ein Opfer von 1800000000 Franken jährlich. Er befürwortete trotzdem das Gesetz, weil er hoffe, daß der Bergarbeiterstreik dadurch beendet werde. Der Senat nahm das Gesetz mit einer Änderung zu Gunsten der Arbeiter an, der Entwurf geht also noch einmal an die Kammer zurück. Die französischen Arbeiterorganisationen beschloßen, die Bergarbeiter zu unterstützen. Die Meldung, daß der Bergarbeiterstreik bereits beendet sei, war also wieder einmal unzutreffend. (D. Schr.)

### Gehorsamsverweigerung englischer Truppen.

London, 19. Juni. „Daily Herald“ meldet: 200 Mann des Regiments Gordon-Vochländer in Aberdeen haben sich geweigert, sich nach Indien transportieren zu lassen. Ähnliche Zwischenfälle haben sich im Brocton-Lager ereignet.

Im Lager von Belmont (Surrey) sind 3000 Soldaten, die zum Kriegsdienst im Ausland wieder eingezogen waren, in den Streik getreten. Sie haben Räte gewählt, die das Lager verwalten.

### Proteste in England.

London, 19. Juni. In Oxford wurde am Montag eine Protestversammlung gegen die Friedensbedingungen abgehalten. In London richtete eine große Frauenversammlung gegen die Blockade.

Der indische Dichter (S. S. S. S. S.) hat sich mit Tagore hat den Vizekönig von Indien als Protest gegen die Gewalttätigkeiten, die unter dem Vorwand zur Erhaltung von Gesetz und Ordnung gegen die indische Bevölkerung in Punjab begangen wurden, erücht, den ihm (Tagore) verliehenen britischen Adelstitel zurückzunehmen.

### Die Aufgabe des Generals Gräner.

Berlin, 19. Juni. Halbamtlich wird mitgeteilt: General Gräner ist zum Reichsminister nach Weimar berufen worden, um mit ihm über die laufenden Geschäfte zu verhandeln. An den politischen Beziehungen, insbesondere auch an der Kabinettsitzung hat er nicht teilgenommen. Die oberste Heeresleitung hört am Tage des Friedensschlusses auf zu bestehen. An der Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung des Friedens wirkt sie nicht mit.

### Eine Nichtigstellung.

Danzig, 19. Juni. Die Pressestelle des Ausschusses der deutschen Volksräte und des Heimatschutzes ist teils gegenüber der Berliner Meldung mit, es sei nicht richtig, daß Geh. R. Kleinow sich als Beauftragten des Fünfteiler Ausschusses der Abgeordneten des Ostens ausgegeben, oder als Mitglied eines künftigen Direktoriums bezeichnet habe.

### Ausfahrungen gegen Kapitän von Müde.

Frankfurt a. M., 19. Juni. Als Kapitän von Müde, der berühmte Führer des Kreuzers „Emden“, gestern hier einen Vortrag über die Fahrten in Asien halten wollte, wurde er beschimpft und mißhandelt. Der Polizeipräsident nahm ihn in Schutzhaft und stellte ihm Eisenbahner in den Ausstand getreten. Der Verkehr an der Saalebahn, d. h. der Verkehr Berlin-München über Proßnitzella, ruht.

### Eine Nichtigstellung.

Danzig, 19. Juni. Die Pressestelle des Ausschusses der deutschen Volksräte und des Heimatschutzes ist teils gegenüber der Berliner Meldung mit, es sei nicht richtig, daß Geh. R. Kleinow sich als Beauftragten des Fünfteiler Ausschusses der Abgeordneten des Ostens ausgegeben, oder als Mitglied eines künftigen Direktoriums bezeichnet habe.

### Ausfahrungen gegen Kapitän von Müde.

Frankfurt a. M., 19. Juni. Als Kapitän von Müde, der berühmte Führer des Kreuzers „Emden“, gestern hier einen Vortrag über die Fahrten in Asien halten wollte, wurde er beschimpft und mißhandelt. Der Polizeipräsident nahm ihn in Schutzhaft und stellte ihm frei, unter Bedeckung nach Hanau verbracht zu werden. Müde lehnte das ab und verließ gegen Abend das Polizeipräsidium. Auf der Straße wurde er von den Arbeitern erkannt, umringt und auf einen Frachtwagen gehoben, der mit ihm davonfuhr. Die Polizei konnte ihn jedoch befreien und zum Bahnhof geleiten.

### Die Freude des „Temps“.

Berlin, 19. Juni. Laut „V. J.“-Meldung begrüßt der Pariser „Temps“ mit großer Freude, daß die deutschen Zivilbehörden im Rheinland nach der Anordnung der deutschen Reichsregierung, also nicht der preussischen Staatsregierung arbeiten sollen. Er hofft auf eine Abtrennung der Rheinlande von Preußen, die der erste Schritt zur völligen Lostrennung sei.

### Lokales.

**Eisenbahnbauten.** Die Staatseisenbahnverwaltung ist für den als Notstandsarbeit auszuführenden Bau einer Eisenbahn Klosterreichenbach bis zur Landesgrenze zum vereinfachten Enteignungsverfahren ermächtigt worden. Der Bau des zweiten Gleises der Gänzbahnstrecke Böblingen-Eutingen soll in Angriff genommen werden. Die Stationen Echingen, Gärtringen, Ruffingen, Herrenberg, Rebingen, Bondorf und Ergenzingen werden erweitert, die Station Eutingen wird nach Osten gerückt und ihre Zufahrtslinien geändert. Die schienengleichen Wegübergänge werden, soweit nötig, durch Ueber- und Unterführungen ersetzt.

**Versteigerung von Heerespferden.** Am Freitag, den 27. Juni werden in Ulm im Hof der neuen Artilleriekaserne etwa 20 nicht mehr dienstfähige Militärpferde versteigert. Als Streigerer werden nur solche Personen zugelassen, die im Besitze einer mit dem Stempel des Kriegsministeriums versehenen Pferdekarte sind.

**Warnung vor dem Philologiestudium.** Die Ministerialabteilung für die höheren Schulen warnt in einem an die höheren Schulen gerichteten Erlaß vor dem Studium der Philologie, sofern die Schüler nicht durch hervorragende Begabung und Neigung besonders dazu berufen sind.

**Aus dem Parteileben.** Die Sozialdemokratische Partei Württemberg-Hohenzollern hat erwidert, der politischen Lage ihre für den 21. und 22. Juni vorgesehene Landesversammlung auf unbestimmte Zeit verschoben.

**Lebensmittel in Aussicht.** Nach einer Mitteilung des Ernährungsministers ist es gelungen, nennlich in der Schweiz größere Mengen von Lebensmitteln aufzukaufen. Demnächst wird in beschränktem Umfang Reis und Kaffee allgemein an die Bevölkerung abgegeben werden. Täglich werden dem Ernährungsministerium zu ungläubigen Preisen Lebensmittel angeboten, die durch Schieber- und Dettenhandel gehen, aber meist gar nicht da sind. Bei allen Käufen aus dem Ausland muß auf unsere Valuta Rücksicht genommen werden, kommt doch ein Waggon Schokolade auf etwa 300000 Mk. Die Lieferungen von amerikanischem Speck, für Württemberg insgesamt 712000 Kilo, sind bis auf einen Rest von 148000 Kilo, eingetroffen, welcher über Hamburg im Anrollen ist. Dadurch wird in nächster Zeit die Austeilung an die gesamte Bevölkerung ermöglicht. Eine zweite Belieferung mit 1135000 Kilo wird in Kürze erwartet. Die Viehaufringung im Lande ist seit der Erhöhung der Fleischpreise etwas günstiger geworden. Wesentlich zu einer geregelteren Fleischversorgung tragen die Bestände der Heeresverwaltung an Konserven bei. Ungünstiger ist die Mehlversorgung. Bekanntlich ist Württemberg Zuckergebiete. Der monatliche Zuckersbedarf ist von 70000 Zentner auf 120000 Zentner gestiegen, die Reichsgetreidestelle konnte aber in der Hauptsache nur Roggenmehl liefern und nur 10 Prozent der Bedarfsmenge Weizenmehl. Die Verhältnisse sollen durch ausländisches Mehl gebessert werden. Württemberg erhält 21000 Ztr. feines Weizenmehl zugewiesen, 10000 Zentner Roggenmehl und auch Gerstenmehl. Diese Menge lagert zum größten Teil in Mannheim, kann aber wegen der fortwährenden Streiks und auch wegen Wagenmangel nicht verfrachtet werden. Bis jetzt sind erst 800 Zentner Gerstenmehl in Stuttgart aus dem Ausland eingetroffen, in Mannheim verladen 5000 Zentner Weizenmehl.

**Der Lohnstarif für die landwirtschaftlichen Arbeiter** ist als vorläufig gezeichnet zu betrachten, da die Vertreter der Landwirte ihre weitere Beteiligung abgelehnt haben. Die Arbeitnehmersverbände hatten Tarifvor schläge vorgelegt, in denen Mindesttagelöhne, je nach Alter, bei freier Verpflegung von 1,50 bis 5 Mk. und Mindestwöchentlichelöhne von 8-22 Mk., ohne Verpflegung solche von 3,50-10 Mk. und 24-52 Mk. bei Unständiger Arbeitszeit vorgegeben waren.

**Sonntagspreis.** Der Württ. Landesverein für Bienenzucht hat nach Aufhebung der Höchstpreise Einführung von Nichtpreisen in Höhe von 6 Mark für 1 Pfund Schleuderhonig beantragt.

## Die württembergische Verfassung II.

Der Landtag wird auf vier Jahre gewählt, er tritt kraft eignen Rechts zusammen oder wird vom Staatsministerium einberufen. Auf je 20000 Einwohner (die Regierung hatte 25000 vorgeschlagen) kommt ein Abgeordneter, das ergibt etwa 125 Abgeordnete, eine Zahl die reichlich hoch erscheint; immerhin hatte der Landtag der alten Verfassung in der Ersten Kammer 50, in der Zweiten 92, zusammen nahezu 150 Mitglieder. Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Die Staatsperiode ist einjährig, während sie bisher zweijährig war. Das Wahlrecht steht allen zwanzigjährigen ohne Unterschied des Geschlechts zu, Nichtwürttembergern insoweit, als der betreffende Staat auch Württembergern das Wahlrecht einräumt. Die Entscheidung über angeforderte Wahlen steht beim Staatsgerichtshof, der unter dem Vorsitz des Präsidenten des Oberlandesgerichts aus vier Mitgliedern des Oberlandesgerichts und zwei Mitgliedern des Verwaltungsgerichtshofs, die von diesen beiden Kollegien je aus ihrer Mitte vorgeschlagen und vom Landtag bestellt werden, sowie aus acht vom Landtag gewählten Mitgliedern besteht und für jede Landtagsperiode neu bestellt wird. Die Minister können wegen einer vorläufigen oder grobschlächtigen Verletzung der Verfassung oder eines Gesetzes auf Beschluß des Landtags, wofür Zweidrittelmehrheit vorgeschrieben ist, von dem Staatsgerichtshof angeklagt werden.

Von besonderer Bedeutung ist die Einführung der unmittelbaren Volksabstimmung in Form des Referendums und der Initiative. Alle Gesetze, für die der Landtag die Dringlichkeit nicht ausdrücklich beschieht, sind auf Beschluß des Staatsministeriums oder auf Verlangen von einem Fünftel der Stimmberechtigten zur Volksabstimmung zu bringen. Die Abstimmung kann nur bejahend oder verneinend sein. Dabei entscheidet die einfache Stimmenmehrheit, für Verfassungsänderungen ist jedoch Zweidrittelmehrheit erforderlich. Außerdem kann, wie bereits erwähnt, das Volk durch Abstimmung den Landtag auflösen. Die Gesetzesinitiative des Volks ist in der Form zugelassen, daß ein Fünftel der Stimmberechtigten das Begehren beim Staatsministerium einbringt, einen Gesetzesvorschlag dem Volk zur Abstimmung vorzulegen, und dann darüber Volksabstimmung stattfinden muß, wobei dem Landtag das Recht, solche Gesetzesvorschläge dem Volk zur Annahme oder Ablehnung zu empfehlen, als eine gutachtliche Äußerung zusteht. Das Gesetz, das diese Dinge im einzelnen regelt, ist von der Regierung für die nächste Zeit in Aussicht gestellt. Abgabengesetze und das Staatshaushaltsgesetz sind übrigens ausdrücklich dem Referendum entzogen, wie andererseits der Regierung ein gewisses Notverordnungsrecht vorbehalten ist.

Unter den Grundrechten, die sich im wesentlichen den Bestimmungen des Entwurfs der Reichsverfassung anschließen, ist die Abschaffung aller Vorrechte des Standes und der Geburt, sowie die Aufhebung der nicht einen Beruf oder ein Amt bezeichnenden Titel und der Orden zu erwähnen, wobei jedoch akademische Grade und Würden ausdrücklich angenommen sind. Das Ergebnis langer Forderungen im Hinblick auf die Bestimmungen über Eigentum und Gemeinwirtschaft, die folgenden haben:

Das Eigentum steht unter dem Schutz der Verfassung. Das Gesetz bestimmt, unter welchen Voraussetzungen das Eigentum zu Zwecken des Gemeinwohls gegen Entschädigung beschränkt oder entzogen werden kann. Die Höhe der Entschädigung wird auf Anrufen durch die ordentlichen Gerichte festgestellt.

Soweit der Staat aus volkswirtschaftlichen Gründen in die Erweiterung mittlerer und kleiner landwirtschaftlicher Betriebe anzusetzen, wenn nötig im Wege der Enteignung. Das Nähere wird durch Gesetz bestimmt.

Das Sonderrecht der Fideikomisse, Lehen- und Stammgüter wird durch besonderes Gesetz aufgehoben. Neue Fideikomisse irgend welcher Art, Lehen- und Stammgüter dürfen nicht errichtet werden.

Die Vergewaltigung der Wirtschaft nach den Besonderheiten ihrer Zwecke und nach dem Stand ihrer Entwicklung ist Aufgabe des Staats und der sonstigen öffentlichen Körperschaften.

Ob und unter welchen Voraussetzungen Privatigentum zum Zwecke der Bewirtschaftung für die Allgemeinheit beschränkt und entzogen werden kann, wird durch Gesetz bestimmt.

Die Arbeitskraft der Arbeiter und Angestellten ist gegen Ausbeutung und Gefährdung sicherzustellen, der Klein- und Mittelgrundbesitz sowie der kaufmännische und gewerbliche Mittelstand sind gegen Auflösung und Verwässerung zu schützen und wie alle schaffenden Berufsstände in ihrer Lebensfähigkeit zu erhalten.

Die Trennung von Staat und Kirche, wofür der Kürze halber dieser Ausdruck gebraucht werden darf, wird vollzogen, das Band zwischen beiden grundsätzlich gelöst. Die Kirchen verwalten ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken der Gesetze. Sie gelten als Körperschaften des öffentlichen Rechts und erhalten das Recht, ihre Mitglieder auf Grund der bürgerlichen Steuerlisten zu besteuern. Als Abfindung ihrer Vermögensansprüche an den Staat, der zu Anfang des vorigen Jahrhunderts das Kirchengut eingezogen und sein in der Verfassung von 1819 gegebenes Verprechen, es herauszugeben, nie eingelöst hat, erhalten die evangelische und die katholische Kirche eine unveränderliche Geldrente, die nach den bestehenden Bedürfnissen bemessen wird. Die Regelung der Schul- und Religionsunterrichtsfragen ist nach langwierigen Auseinandersetzungen dem Wortlaut des bis jetzt vorliegenden Beschlusses des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung angepaßt worden.

Je nach der Gestaltung der Reichsverfassung wird wohl in einzelnen Paragraphen der württ. Verfassung eine Änderung nötig werden.

## Konzert-Programm

der  
KUR-KAPELLE WILDBAD  
Leitung: Musikdirektor P. Franz.

Samstag, den 21. Juni,  
vorm. 11-12 Uhr Trinkhalle.

1. Choral: Was Gott tut, das ist wohlgetan.
2. Ouverture „Othello“ Rossini
3. Ave Maria Cherubini
4. Melodien aus „Das Nachtlager in Granada“ Kreutzer
5. Espana, Walzer Waldteufel

nachm. 3 1/2-4 1/2 Uhr Anlagen

1. Germania, Marsch Keil
2. Ouverture „Maurer und Schlosser“ Auber
3. Melodien „Die schöne Helena“ Offenbach
4. Ach könnt ich die Welt dir schenken, Lied Haydn-Clarendon
5. Fürstentanz, Walzer Lehar
6. Toff, Toff, Galopp Rühling

Abends 8 1/2 Uhr im Kursaal

### II. Musikal. Abend

#### Operetten-Abend

Sonntag, den 22. Juni,

vorm. 11-12 Uhr Trinkhalle

1. Choral: Was mein Gott will gescheh allzeit.
2. Die Ehre Gottes, Lied Boethoven
3. Einzug der Gäste auf Wartburg. Wagner
4. Melodien aus „Martha“ Flotow
5. Liebeslied aus „Walküre“ Wagner
6. Lob der Frauen, Mazurka Strauss

nachm. 3 1/2-4 1/2 Uhr Anlagen

1. Schlaraffen-Marsch Kempter
2. Ouverture „Leichte Kavallerie“ Suppe
3. Liebesständchen Otlsen
4. Tyrol in Lied und Tanz. Fetras
5. Melodien aus „Gasparone“ Mißlocker
6. Walzer aus „Graf von Luxemburg“ Lehar

nachm. 5-6 Uhr Kurplatz

1. Berner Landsknecht, Marsch
2. Ouverture „Die schöne Helene“ Offenbach
3. Wie berührt mich wundersam, Lied Bendel
4. Melodien aus „Undine“ Lortzing
5. Puppenmädel, Malzer Fall
6. Freundestreu, Marsch Blankenburg

## Baden.

Heidelberg, 19. Juni. Ein Arbeiter aus Wilhelmsfeld schlug einem Mann nach vorausgegangenem erfolglosen Notzuchtversuch mit einem Stein auf den Kopf, bis es ohnmächtig zusammenbrach. Hierauf er seinem Opfer den Götzentempel und einige Wertgegenstände entstoh. Auf die Hilfe der Ueberfallenen kamen Spaziergänger herbei. Durch die Tätigkeit der Kriminalpolizei gelang es, den Täter zu verhaften.



(-) **Freiburg**, 19. Juni. Die Freiburger Tagespost berichtet vom Freiburger Wirtstreik, daß Wirtsbauangestellte in ein alkoholfreies Restaurant in der Kaiserstraße eindrangen und in der Küche die eben fertiggekochte Suppe auf den Fußboden ausschütteten. Der Arbeiterrat fasste in seiner gestrigen Sitzung zum Wirtstreik eine Resolution, in der er die Behörden aufforderte, in schärfster Weise gegen die terroristischen Akte vorzugehen, die nachweislich von der Streikleitung begangen werden.

(-) **Konstanz**, 19. Juni. In einer Versammlung der hiesigen Wirtse wurde eine Entschließung angenommen, wonach bis zum 20. Juni, abends 6 Uhr, von der Regierung verlangt wird: 1. Sofortige Aufhebung der ges. einschlägigen Verordnungen gegen den Schleichhandel, für den Bereich des Hotelier- und Gastwirts-gewerbes. 2. Sofortige Aufhebung des Erlasses über Hausdurchsuchungen, bei dem gesamten Hotelier- und Wirtsgewerbe. 3. Anerkennung des Gastwirts-gewerbes als Verbraucher. 4. Schärfste Überwachungsmaßnahmen an den Ausgangspunkten des Stadtbezirks, Bahnhof und Post, damit die ungesetzliche Ausfuhr von Lebensmitteln, wodurch Konstanz in den Ruf eines Schiebernestes kam, unterbleibt. Gibt die Regierung dem Verlangen der Wirtse keine sofortige Zustimmung, so wird der Betrieb der Hotels und Gastwirtschaften bis auf weiteres eingestellt. — Das Freiburger Vorgehen der Wirtse macht Schule.

## Württemberg.

(-) **Stuttgart**, 19. Juni. (Gegen die Wasser-Verwendung.) Die Direktion der städt. Wasserwerke warnt eindringlich vor der verschiedentlich bemerkbaren Verwendung des Leitungswassers, andernfalls müßte zu Verbrauchsbeschränkungen geschritten werden.

(-) **Eßlingen**, 19. Juni. (Maschinenbau-schule.) Die höhere Maschinenbau-schule wird im laufenden Lehrgang von 566 Schülern besucht.

(-) **Tübingen**, 19. Juni. (Opfer des Redars.) Beim Baden im Redar ist gestern der Studierende Luz vom Herzschlag betroffen worden und untergefallen.

(-) **Beßheim**, 19. Juni. (Ertrunken.) Der 29 Jahre alte Bader Wilhelm Frion und ein 15-jähriger Knabe sind im Redar ertrunken; wahrscheinlich infolge Herzschlages.

(-) **Wimmental**, O.A. Weinsberg, 19. Juni. (Vogel-schaden.) Die hiesige Gemeindegemarkung wurde von dem letzten Vogel-schlag ganz empfindlich getroffen; in einzelnen Gewänden wird der Schaden an Weinbergen und Feldfrüchten bis zu 80 Prozent des Ertrags geschätzt.

(-) **Von der Enz**, 19. Juni. (Kakaowucher.) Ein einschlägiger Stoff ist der 21-jährige Kaufmann Helm Braun in Pforzheim. Als dort Schokoladen- und Kakaomarken an die Bevölkerung angeteilt wurden, kaufte er etwa 100 Gutscheine für 1-2 M. zusammen, erwarb die Schokolade und brachte sie zu Wucherpreisen nach Wildbad zum Verkauf. Die Polizei legte ihm das weitere Handwerk.

(-) **Zettwang**, 19. Juni. (Zigaretten-diebstahl.) Ueber die Pfingstfeiertage wurden dem Kommunalverband in Zettwang 50000 Zigaretten gestohlen.

(-) **Sigmaringen**, 19. Juni. (Verbrannter Eichenbahnwagen.) Vorgestern abend geriet bei einem in der Fahrt befindlichen Güterzug ein Strohwagen in Brand. Dem Bahnpersonal gelang es unter großen Schwierigkeiten, den brennenden Wagen abzuluppeln. Inzwischen war der ganze aus Holz bestehende Teil des Wagens abgebrannt und es zeigte sich, daß unter dem Stroh eine größere Menge Gerste versteckt war, die allem nach „verschoben“ werden sollte. Die Frucht ist mitverbrannt.

(-) **Stuttgart**, 19. Juni. (Tarifvertrags-verhandlungen.) Die Tarifkommission der hiesigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Handelsgewerbe hat gestern die Verhandlungen aufgenommen. Die Vertreter der Arbeitgeber gaben die Aufgabe, daß wenn der Tarifvertragsabschluß bis Ende Juni nicht erfolgt sei, die Auszahlung vorläufiger Teuerermäßzulagen mit dem Junihalt den Arbeitnehmern dringend empfohlen wird.

(-) **Stuttgart**, 19. Juni. (Dirigentenwahl.) Zum ersten Aufsichtsdirektor des Stuttgarter Arbeitervereins wurde bei großem Wettbewerb fast einstimmig Walter Reinhardt, Dirigent des Frankfurter Lehrereigenvereins, ein Schüler Regers, gewählt.

(-) **Stuttgart**, 19. Juni. (Landwirtschaftliche Genossenschaften.) Nachdem in den letzten Monaten von Seiten des Verbands Landwirtschaftlicher Genossenschaften in Württemberg, e. B. die Bezirksorganisation zur Durchführung gebracht worden war, tagte vor einigen Tagen hier im Sitzungssaal des Verbandsgeläudes die erste Bezirksobmannerversammlung. Der Verbandsvorstand, Oberregierungsrat Baier, erstattete den Bericht. Eingehend wurden erörtert: der genossenschaftliche Warenbezug und der gemeinschaftliche Absatz der Erzeugnisse, die Geldmarktverhältnisse und die Jinspolitik der Darlehensklassenvereine. Demnächst soll die Verbandsversammlung einberufen werden.

(-) **Stuttgart**, 19. Juni. (Durch eigene Schuld.) Der Unglücksfall, durch den ein Hüftpost-beamter ums Leben kam, ist auf eigene Unvorsichtigkeit des Verunglückten beim Umgang mit einer Selbstlade-pistole zurückzuführen.

(-) **Stuttgart**, 19. Juni. (Gewitter.) Nach der drückend heißen Temperatur der letzten Tage ging gestern abend zwischen 9 und 10 Uhr ein schweres Gewitter mit heftigen elektrischen Entladungen und ausgiebigem Regen über unsere Stadt nieder.

(-) **Degerloch**, 18. Juni. (Diebstahl.) Aus dem am Bahnhofsplatz angebrachten Schaufenster der Gebrüder Landauer wurden 12 Hemden gestohlen.

(-) **Eßlingen**, 18. Juni. (Heberfahren.) Ein 36 Jahre alter Mann aus Eßlingen wurde zwischen Altbach und Hochingen von einem Möbelwagen überfahren. Er war sofort tot.

(-) **Heiden**, 19. Juni. (Neue Kirchen-glocken.) Allmählich kommen wieder in die Kirchen neue Glocken. Doch ist der Preis sehr hoch geworden. Kürzlich wurde in Oberföhen die Weihe einer 9 Zentner schweren Glocke vollzogen, die aus Kriegsmaterial in Rembrunze hergestellt ist.

(-) **Wasseraltingen**, 18. Juni. (Gewerbe-verein.) Am Montag wurde hier unter zahlreicher Beteiligung der Handwerker und Gewerbetreibenden ein Gewerbeverein gegründet.

(-) **Laupheim**, 19. Juni. (Brandfälle.) Nachdem schon vor einigen Wochen in einem Laden des Schwefelsteinhauses Feuer entbrach, brach gestern wiederum Feuer aus, wodurch der Dachboden des Hauses zerstört wurde. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß Brandstiftung vorliegt.

(-) **Ulm**, 19. Juni. (Neuorganisation im Gemeinderat.) Der neue Stadtvorstand Dr. Schwammberger hat mit den bei seinem Amtsantritt in Aussicht gestellten Neuorganisationen im Gemeinderat bereits den Anfang gemacht und dem Gemeinderat einen Entwurf über eine Neueinteilung der gemeinderätlichen Abteilungen und die Beziehung von ehrenamtlichen Sachverständigen zur Unterstützung des Stadtvorstands und zur tatsächlichen Beratung des Gemeinderats vorgelegt. Der Gemeinderat stimmte den Vorschlägen grundsätzlich zu.

(-) **Spaichingen**, 19. Juni. (Schleich-handel.) Neuerdings sind im Bezirk ca. 10 Zentner Rauch- und anderes Fleisch beschlagnahmt worden.

(-) **Zuttlingen**, 19. Juni. (Lohnbewegung.) Die ungefähr 140 Rothandsarbeiter zogen auf das Rathaus und verlangten eine Lohnerhöhung um 25 %. Der Gemeinderat hat ihnen Stundenlöhne von 70, 100, 150 und 170 Pfennig bewilligt; außerdem erhalten sie Kinderzulagen. Auch die Metallarbeiter sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen 2.20 M. Stundenlohn und Ferien. Die Schuhfabriken waren seit 7. Juni bis jetzt geschlossen, da die Arbeiter unter Fortzahlung der Löhne Balanz hatten.



### Wärmehäufiges Wetter.

Die Wetterlage hat keine nennenswerte Veränderung erfahren. Das sommerlich warme, trockene, jedoch für kurzen Gewittern geneigte Wetter wird sich am Samstag und Sonntag fortsetzen.

## Zweigstelle AMBI für Württemberg:

Stuttgart,  
Königstraße 36

Briefaufschrift:  
AMBI-Zweigstelle Stuttgart  
Drahtaufschrift:  
AMBIZWEIG Stuttgart  
Fernruf: Stuttgart 4469

## Kunst-Sonig.

Auf Lebensmittelkarte 32 wird abgegeben:  
550 gr. Kunstsonig  
Kisten-Schluss: Samstag abend 6 Uhr.  
Stadt Lebensmittelamt Wildbad.  
Kappelmann, Arbeitererrat Schlüter.

## Stadt. Arbeitsamt Wildbad.

Fernsprechanschluß Nr. 140.  
(Im Lebensmittelamt)  
Kostenlose Stellenvermittlung.  
Für sofort oder später werden gesucht:

a.) **Männlich:**  
Schneider, 1 Hausbursche in ein Bahnhofshotel.  
b.) **Weiblich:**  
Wasch- und Putzfrauen, Küchenmädchen, Haus- und Dienstmädchen, Kaufmädchen, Köchinnen, Büffetfräulein, Saalfräulein, 1 Haushälterin (Kochen und Kinderpflege Hauptbedg.) 2 Hausmädchen in ein Bahnhofshotel.

Stellen suchen:  
Kaufleute, Mechaniker, Köche, Kellner, Hotelbediener, Tischler, Friseur, Deizer, Schlosser, Maler, Elektromonteur, Tischler, Hausdame.

## Baumwollstoff

(Handware)  
für Leintücher, Bettzügen und Waschlinder geeignet,  
sind eingetroffen zu billigem Preise.  
Wildbad PHIL. BOSCH  
Telefon 32.

## Schlüssel verloren

mit halbdurchschnittenen Schlüsseln  
Eustempel E. W. Adam  
Berlin.  
Gegen Belohnung bitte abzugeben  
Villa Elisabeth.

Zwei leere

## Zimmer

möglichst paterre, zum Unterstellen von Mobiliar für sofort gesucht.  
König-Str. 122 B II.

## Wir suchen verläßl. Häuser

an beliebigen Plätzen, mit und ohne Geschäft, beheizt, Unterbreitung an vorgemerkte Häuser. Besuch durch uns kostenlos. Nur Angebote von Selbstvermietern erwünscht an den Verlag der  
Vermiet- u. Verkaufszentrale  
Geschäftsstelle Stuttgart  
Böblingerstraße 56.

## Zu verkaufen:

1 Duzend Marco-Unterhosen, 6 Stück große Leintücher, sowie verschiedene Seidenstoffe.  
Verkauf nur an Private.  
Wer, sagt die Exped. [37]

## Vandestheater Wildbad.

Heute abend  
Die lustige Witwe.  
Operette in 3 Akten von  
Biktor Leon und Leo Stein.

Zwei möbl. Zimmer  
mit Küche per sofort für klein Familie zu mieten gesucht.  
Näheres in der Exped. [369]

Zuverlässiger  
Schuppenarbeiter  
oder Arbeiterin können sofort eintreten.  
Güterbeförderer Bih.

## Most

50 Liter mit kleinem Essig  
sich sofort zu verkaufen.  
Wer, sagt die Exped. [372]

Elektro-Motorenöl  
Maschinenöl, Fahrrad-  
und Nähmaschinenöl,  
Bodenöl, Wagenfett  
(kein Ersatz)

empfehlen  
Fritz Krauß, Schlossermeister  
Hauptstraße 148.

## Simmersfeld.

Hochzeits-Einladung.  
Wir erlauben uns, alle werlen Freunde  
und Bekannte auf

Dienstag, den 24. Juni  
in unser Gasthaus zu unserer

Hochzeits-Feier  
einzuladen.  
Ed. Hoffmann, zum Hirsch,  
Käthe Seid, Zumweiler.

Starke  
Reisprügel  
tauscht gegen Scheiter  
Karl Seyfried  
Hedingerhof.

Wildbad.  
Der Unterricht für Ma-schinschreiben beginnt am 21. derjenige für Steno-graphie am 22. Juni  
Zur Auskunftserteilung und Entgegennahme von Anmeldungen sind gerne bereit:  
Krl. Johanna Klob;  
Krl. Emilie Kallhoff;  
Herr Eugen Seyfried, Calmbach, empfiehlt  
Kautschuk-  
Stempel  
S. P. Bött.